

Die Debatte über Abtreibungsrechte während der Präsidentschaftswahlen in Brasilien – Positionen der KandidatInnen und Reaktionen der Zivilgesellschaft

Daniel, Antje; Graf, Patricia

2011

<https://doi.org/10.25595/3272>

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Daniel, Antje; Graf, Patricia: *Die Debatte über Abtreibungsrechte während der Präsidentschaftswahlen in Brasilien – Positionen der KandidatInnen und Reaktionen der Zivilgesellschaft*, in: *Femina politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft*, Jg. 20 (2011) Nr. 1, 135–140. DOI: <https://doi.org/10.25595/3272>.

Der oben zitierte Aufruf tunesischer Frauenorganisationen ist insofern als radikal zu verstehen, weil er die Verquickung von Politik und Religion im Bereich des CSP sowie dessen normative Grundlage, nämlich das islamische Recht, in Frage stellt. Als GegnerInnen ihrer Forderungen werden ihnen nicht nur islamistische Bewegungen und Parteien gegenüber treten, sondern eben auch jene nationalistisch-progressiven Kräfte, die in der Vergangenheit Geschlechterdemokratie meist mit der Frage der modernen nationalen Identität verschränkt haben.

Anmerkungen

- 1 Hier gehen die Berichte von den Milliarden an Militärhilfe, die Mubarak jährlich von den USA bekam, bis zu den Reisen des französischen Staatspräsidenten Nikolas Sarkozy und seiner Außenministerin Alliot Marie, die die Gastfreundschaft von Mubarak sowie der Familie von Ben Ali allzu gern in Anspruch genommen haben.
- 2 Mubarak galt zudem als Garant für die Sicherheit Israels und als Vermittler im Nahost-Friedensprozess. Derselbe Mubarak schürte jedoch auch gezielt Antizionismus und Antisemitismus in seinem Land, wenn es innenpolitisch opportun erschien.
- 3 Die Übersetzung stammt von der Autorin. Der Aufruf im französischen Original ist zu finden unter http://collectifdroitsdesfemmes.org/spip.php?page=article&id_article=282 (Datum)
- 4 Die Verschränkung der Frauenfrage mit der Frage der nationalen Identität ist ein in der feministischen Theorie viel beschriebener Prozess, der nicht nur in Tunesien zu beobachten ist (vgl. u.a. Kandiyoti 1991). In der progressiven Art und Weise der Durchsetzung von Frauenrechten zeigt Tunesien z.B. sehr viele Parallelen mit der Türkei auf, mit dem immens wichtigen Unterschied, dass in der Türkei die Gültigkeit des islamischen Rechts vollkommen aufgehoben wurde.

Literatur

Charrad, Mounira, 1997: Policy Shifts: State Islam, and Gender in Tunesia, 1930s-1990s. In: Social Politics. 4 (2), 284-319.

Perthes, Volker, 2006: Orientalische Promenaden. Der Nahe und Mittlere Osten im Umbruch. München.

Kandiyoti, Deniz, 1991: Women, Islam, and the State. Philadelphia.

Die Debatte über Abtreibungsrechte während der Präsidentschaftswahlen in Brasilien – Positionen der KandidatInnen und Reaktionen der Zivilgesellschaft

ANTJE DANIEL. PATRICIA GRAF

Nach den Präsidentschaftswahlen in Brasilien steht nun mit Dilma Rousseff von der Arbeiterpartei (Partido dos Trabalhadores – PT), neben Laura Chinchilla in Costa

Rica und Christina Kirchner in Argentinien eine weitere Frau an der Spitze eines lateinamerikanischen Staates. Der erste Wahlgang am 3.10.2010 brachte Rousseff mit 47% keine absolute Mehrheit gegenüber den KontrahentInnen José Serra der Sozialdemokratischen Partei (Partido da Social Democracia Brasileira – PSDB) mit 33% und Marina Silva der Grünen Partei (Partido Verde – PV) mit knapp 20% der Stimmen. Ein zweiter Wahlgang wurde erforderlich, bei dem sich am 31.10.10 Rousseff mit 55,4% gegen Serra mit 44,6% der Stimmen durchsetzte (Bartelt 2010). Am 1.01.2011 trat Rousseff als erste Präsidentin des Landes die Nachfolge von Inácio Lula da Silva (2003-2010) an.

Der Sieg Rousseffs ist vor dem Hintergrund der geringen politischen Partizipation von Frauen in Brasilien bemerkenswert. Während im Jahr 2010 in Costa Rica Frauen mit 38,6% im Abgeordnetenhaus vertreten sind und in Argentinien mit 38,5%, bleibt die politische Repräsentation mit 8,6% in Brasilien gering.¹ Der geringe Frauenanteil in politischen Führungspositionen kann durch das brasilianische Institutionengefüge erklärt werden: Zwar existieren seit 1996 Quotenregelung für Kandidatinnen des Abgeordnetenhauses, jedoch nicht für weitere politische Ämter und zudem bleibt die Wirkung der Quotenregelungen gering. Gründe dafür liegen unter anderem in der mangelnden Aufgeschlossenheit der Parteien, der Funktionsweise der Quotenpolitik, dem Wahlsystem oder der Wahlkampffinanzierung (Bohn 2007; Miguel 2008).

Die Positionen der Frauenbewegungen in Brasilien

Die niedrige politische Partizipation steht im Widerspruch zum Engagement der Frauenbewegungen, die im historischen Rückblick als eine der stärksten in Lateinamerika gelten (Htun 2002, 733). Die Frauenbewegungen lebten im Rahmen der sich formierenden regimekritischen Protestbewegung der 1970/80er Jahre unter der Militärdiktatur (1964-1985) auf. Durch das Mitwirken an der Demokratisierungsbewegung brachten die Frauenbewegungen Themen wie häusliche Gewalt, Abtreibungsrechte oder Diskriminierung am Arbeitsplatz an die Öffentlichkeit (Alvarez 1994). Mit dem Sieg der Arbeiterpartei PT im Jahr 2003 hegten Frauenbewegungen die Hoffnung, dass sich erneut ein intensiver Dialog mit der Bundesregierung etablieren würde. Die Expertise und die Positionen von Frauenbewegungen wurden während der Regierung Lulas durch eine Integration in die Entscheidungsverfahren stärker berücksichtigt und neue Handlungsräume eröffnet. Zudem wurden Gender-Themen vermehrt in nationale Politikpläne aufgenommen (Daniel/Graf 2011). Im Vorfeld der Wahlen 2010 nahmen die Frauenbewegungen die Initiativen Lulas durchaus als positiv wahr, verwiesen jedoch auf nicht erfüllte Versprechungen und Versäumnisse (CFEMEA 2010, 1f). Die Möglichkeit, eine Frau als Präsidentin zu wählen wurde von den Bewegungen als Chance verstanden, um erneut auf Genderdisparitäten aufmerksam zu machen und diese in den politischen Dialog erneut einzubringen. Besonders günstig schien die Situation, weil gleich zwei Frauen für das Amt der Präsidentin antraten.

Der Abtreibungsdiskurs im Wahlkampf

Zentraler Gegenstand des Wahlkampfes war die Diskussion um Abtreibungsrechte. Der Abtreibungsdiskurs wurde von allen wesentlichen Zeitschriften aufgegriffen, so dass sich die KandidatInnen gezwungen sahen sich diesbezüglich zu äußern (Correa 2010, 5). Einmal wieder – wie vormalig in zyklischen Abständen schon oft geschehen – schien sich die Nation in AbtreibungsgegnerInnen und BefürworterInnen zu spalten. Die Entkriminalisierung der Abtreibung wird seit den 1980er Jahren diskutiert, da illegale Abtreibung die Gesundheit von Frauen gefährdet und in vielen Fällen zum Tod führt. Im lateinamerikanischen Vergleich weist Brasilien die höchste Anzahl an Abtreibungen unter Teenagern auf (Htun 2002, 738f). Abtreibung wird im Zivilgesetz legalisiert, jedoch nur bei Vergewaltigung, Inzest oder einer lebensbedrohenden Situation. Die Fronten zwischen den Frauenbewegungen, die eine weitere Entkriminalisierung der Abtreibung befürworten und den konservativen Stimmen, vertreten durch die Kirchen und Abgeordnete, welche Abtreibung verurteilen, haben sich schon lange verhärtet. In der patriarchalen Gesellschaft Brasiliens birgt eine öffentliche und gesellschaftliche Positionierung zu Abtreibungsrechten einige politische Sprengkraft in sich und wird zum zentralen Element, um Wählerstimmen zu gewinnen oder zu verlieren. So erklärte Dilma: „Abtreibungsrechte sind ein Thema, welches das Land teilt. Und am Ende verliert jeder“ (Hora do Povo 1.10.2010, 3).² Rousseffs Kontrahent Serra positionierte sich seit Beginn des Wahlkampfes gegen eine Legalisierung der Abtreibung und bezeichnete diese als „carnificiana“, sprich Blutbad, um auf drastische Weise auf die Folgen einer Entkriminalisierung zu verweisen (CFEMEA 2010, 7).

Auch die Kandidatin Silva sprach sich persönlich gegen Abtreibung aus und begründete dies mit ihrer religiösen Zugehörigkeit zur evangelikalen Kirche. In ihrem Blog betont sie: „Ich würde selbst nie abtreiben und nicht für eine Abtreibung eintreten, aber ich erkenne an, dass es auf beiden Seiten einschlägige Argumente gibt und ich respektiere die Meinung anderer, die von meiner eigenen Position abweichen.“³ Im Laufe des Wahlkampfes rückte sie von ihrer Position insoweit ab, als dass sie für ein Referendum plädierte, um gesellschaftlich über die Entkriminalisierung der Abtreibung abstimmen zu lassen. Hatten die Führer der evangelikalen Kirche sie vorher unterstützt, riefen sie nun zur Wahl Serras auf, weil ein Referendum als indirekte Möglichkeit interpretiert wurde, um Abtreibung zu legalisieren (Bartelt 2010; Correa 2010, 5f.).

Im Gegensatz zur ablehnenden Haltung der KandidatInnen war die Positionierung Rousseffs widersprüchlicher: Zu Beginn des Wahlkampfes war sie bemüht, den verhärteten Diskurs über Abtreibungsrechte entlang der Debatte über reproduktive Gesundheit aufzugreifen: Frauen sollten demnach nicht an Abtreibungen sterben, weil sie aus Angst vor Strafverfolgung illegale Methoden anwenden. Rousseff verwies damit auf Studien, die belegen, dass mit der Entkriminalisierung der Abtreibung die Müttersterblichkeit sinkt (CFEMEA 2010, 7). Unmittelbar vor den Wahlen kritisierten Serra sowie religiöse AktivistInnen Rousseff aufgrund ihrer Haltung und riefen

dazu auf, sie nicht zu wählen (Bartelt 2010). In Reaktion war Rousseff in der letzten Woche des Wahlkampfes darum bemüht, in Dialog mit führenden religiösen Vertretern und weiteren Abtreibungsgegnern zu treten. Beispielsweise traf sie sich am 29. September mit religiösen Führern der katholischen und evangelikalen Kirche, um ihre Position zu verdeutlichen (Hora do Povo 1.10.2010): Letztlich argumentierte Rousseff, dass sie persönlich gegen Abtreibung sei, aber eine ausreichende medizinische Versorgung für Frauen, die abgetrieben hätten, für notwendig erachte. Sie distanzierte sich damit von ihren anfänglichen Initiativen zur weiteren Entkriminalisierung der Abtreibung (Correa 2010, 6). Die anfängliche Haltung Rousseffs wird als einer der Gründe genannt, warum die PT an Wählerstimmen einbüßte und ein zweiter Wahlgang erforderlich wurde (Bartelt 2010; Correa 2010, 6).

Trotz allem: Unterstützung für Rousseff

Wie positionierten sich die Frauenbewegungen zu den Präsidentschaftswahlen? Es wurde durchaus positiv wahrgenommen, dass die politischen Programme die Wichtigkeit von frauenspezifischen Belangen anerkennen. Konkrete Forderungen der KandidatInnen oder eine kohärente Frauenpolitik blieben jedoch in der politischen Agenda punktuell. Auch gebe es wenig Unterschiede zwischen den KandidatInnen (CFEMEA 2010, 3f). Während des Wahlkampfes engagierten sich Aktivistinnen für die Entkriminalisierung der Abtreibung und machten auf die Folgen illegaler Abtreibung aufmerksam (Brasil de Fato 28.11.10). Trotz der Haltung Rousseffs bezüglich der Abtreibungsrechte wurde sie von einem Großteil der Frauenbewegungen unterstützt (Folha 2010). Von Seiten der Frauenbewegungen besteht die Hoffnung, dass Rousseff die Abtreibungsfrage mit Gesundheitsthemen verbinden und damit die Entkriminalisierung der Abtreibung erneut aufgreifen könnte. Folglich hielten die Aktivistinnen an der ersten Aussage Rousseffs fest, die eine Entkriminalisierung der Abtreibung favorisierte (Folha 2010). Rosana da Silva von dem nationalen Frauenbüro des Gewerkschaftsverbandes CUT (Central Única dos Trabalhadores – CUT) konstatierte, dass Präsident Lula, obwohl er keine revolutionären Gesetzesneuerungen im Bereich der Arbeitnehmerrechte erlassen habe, innerhalb des bestehenden Rechtes sein Möglichstes getan habe. Und ebenso werde sich Dilma (Rousseff) verhalten (Folha 2010).⁴ Damit scheinen die Frauenbewegungen durchaus den restringierenden patriarchalen gesellschaftlichen und politischen Handlungsraum anzuerkennen, der Realpolitik und kleine Schritte zur Verwirklichung einer geschlechtergerechten Gesellschaft verspricht. Ein ähnliches Bild kann auch von dem Amtsantritt Rousseffs gewonnen werden.

In ihrer ersten Rede als Staatschefin erwähnte Rousseff mehrmals, dass zum ersten Mal eine Frau an der Spitze des brasilianischen Staates stehe. Darüber hinaus wurden jedoch keine speziellen geschlechtsspezifischen Thematiken angesprochen, vielmehr wurde die Kontinuität zur Regierungsperiode Lulas betont und der Regierungsschwerpunkt auf die Armutsbekämpfung, Erziehung, Gesundheit und Sicherheit gelegt. Subtil setzte die Präsidentin jedoch auf symbolischer Ebene Zeichen:

War es doch zum ersten Mal ein politisches Ereignis, bei dem Genderparität unter den Sicherheitskräften zu erkennen war und Gesang von Frauen die Feierlichkeiten beendete. Auch die Kabinettsposten wurden mit einem Frauenanteil von 24%⁵ besetzt, was darauf verweist, dass im Vergleich zu Costa Rica und Argentinien Frauen in Führungspositionen durchaus die politischen Partizipationsräume für Frauen erweitern können. Die ersten Amtshandlungen lassen vermuten, dass Gender-Themen in Anknüpfung an die Regierung Lulas weiterhin ein Element nationaler Politik bleiben, die in bestehenden restringierenden gesellschaftlichen und politischen Räumen ausgehandelt werden. Inwieweit über die symbolische Ebene hinausgehend Innovationen in der Gender-Politik zu erwarten sind, die auch politisierte Themen wie den Abtreibungsdiskurs oder tabuisierte geschlechtsspezifische Benachteiligungen wie Lesbophobie angehen, bleibt abzuwarten.

Anmerkungen

- 1 <http://www.ipu.org/parline-e/parlinesearch.asp> (20.01.11)
- 2 "É uma questão que só divide o país. E, no final, todo mundo acaba perdendo."
- 3 "Eu não faria um aborto e não advogo em favor dele, mas reconheço que existem argumentos relevantes dos dois lados da discussão e respeito as pessoas que têm posições diferentes da minha." Internet: www.minhamarina.org.br/blog/ (15.01.11).
- 4 "Mesmo o Lula, presidente da República, não fez a revolução no mundo do trabalho, ele fez o que era possível e estava dentro dos parâmetros da legalidade. E é assim que a companheira Dilma vai se comportar"
- 5 9 der 37 Ministerien sind mit Frauen besetzt <http://www.brasil.gov.br/transicao-governo/futuros-ministros/iriny-lopes> (15.01.11).

Literatur

Alvarez, Sonia, 1994: The (Trans)formation of Feminism(s) and Gender Politics in Democratizing Brazil. In: Jacquette, Jane (Hg.): Women's Movement in Latin America. Participation and Democracy. Boulder, 13-64.

Bartelt, Daniel Bonito, 2010: Keine Grüne Welle aber eine Grüne Chance. Internet: www.boell.de/weltweit/lateinamerika/lateinamerika-praesidentschaftswahlerfolg-gruenen-kandidatin-marina-silva-10303.html (03.01.11).

Bohn, Simone, 2007: Women and Candidate Quality in the Elections for the Senate. Brazil and the United States in Comparative Perspective. In: Brazilian Political Science Review. 1/2, 74-107.

Brasil de Fato, 2010: Feministas lançam plataforma pela legalização do aborto. 28.11.10. Internet: www.brasildefato.com.br/node/2388 (03.01.11).

Centro Feminista de Estudos e Assessoria (CFEMEA), 2010: Eleições 2010: As mulheres pagam o pato! In: Jornal Fêmea 8, 167.

Correa, Sonia, 2010: Brazil. Abortion at Front Line. Internet: www.sxpolitics.org/wp-content/uploads/2010/10/brazil_-abortion-at-front-line.pdf (07.01.11).

Daniel, Antje/Graf, Patricia, 2011: Geschlechterverhältnisse in Brasilien zwischen Innovation und Tradierung. In: Dela Fontaine, Dana/Stehnen, Thomas (Hg.): Das politische System Brasiliens. Wiesbaden (i.E.).

Folha, 2010: Feministas dão aval a recuo de Dilma sobre aborto, 28.10.10. Internet: www1.folha.uol.com.br/poder/821577-feministas-dao-aval-a-recuo-de-dilma-sobre-aborto.shtml (07.01.11).

Hora do Povo, 2010: Católicos e evangélicos desagravam Dilma, 01.10.10. Internet: www.hora-dopovo.com.br/ [03.01.11].

Htun, Mala, 2002: Puzzles of Women's Rights in Brazil. In: *Social Research*. 69 (3), 733–751.

Miguel, Luis, 2008: Political Representation and Gender in Brazil: Quotas for Women and their Impact. In: *Bulletin of Latin American Research*. 27 (2), 197–214.

Backlash in Hungary – same old story?

JUDIT WIRTH

Starting from the first of January, 2011, Hungary has served as the Presidency of the EU which will continue for a half of a year. Hungary hit off its first Presidency since joining the EU in 2004 with extreme controversy. The contention was mostly generated by a controversial law passed by the new Hungarian government (elected in April 2010): the so-called “media law”. As one of the German papers put it, no one in Brussels remembers any country to have been on the front pages of half the world’s media right before its EU presidency. But that is not the only disquieting change we have witnessed in these past months. Further concern comes from the news about the nationalization (or, as some say, re-nationalization) of the private pension funds (and especially the way it was done, virtually forcing people into a “decision” that only 2% of the members of private pension funds could “resist”). Also the Hungarian Presidency championed the program of “Roma-inclusion” by a prime minister who actually drew concrete political profit from the wave of extreme anti-Roma violence in Hungary in 2008/9. Much less attention is paid, however, to how “women’s issues” and how women are treated in Hungary, although women’s well-being has very much to do with a country’s general well-being, as research and practice has proven time and again.

Hungary is a highly patriarchal and macho society, holding pervasive sexist attitudes and beliefs below the surface of democracy and equality in the law. Consequently, the more conservative its powerful elite is (both in legislation and in any other decision-making body), the less any equality-law counts. Indeed, the more conservative the legislative power is, the more ways are devised by the government in power to keep the democratic and non-discriminatory laws at a minimum. Minimal laws on child prostitution, trafficking, sexual harassment and rape are in the books in order to avoid overt condemnation by the international community but the Hungarian government is notorious in actually enforcing them. Beyond that, laws that clearly put women in a disadvantageous situation, or even harm them, may easily get a green light. This can come in the form of budget laws resulting in the closing of crèches, slashing subsidies for employer incentives for family-friendly policies, closing down public transportation lines, or other “money saving” gestures. It can also come, as we